

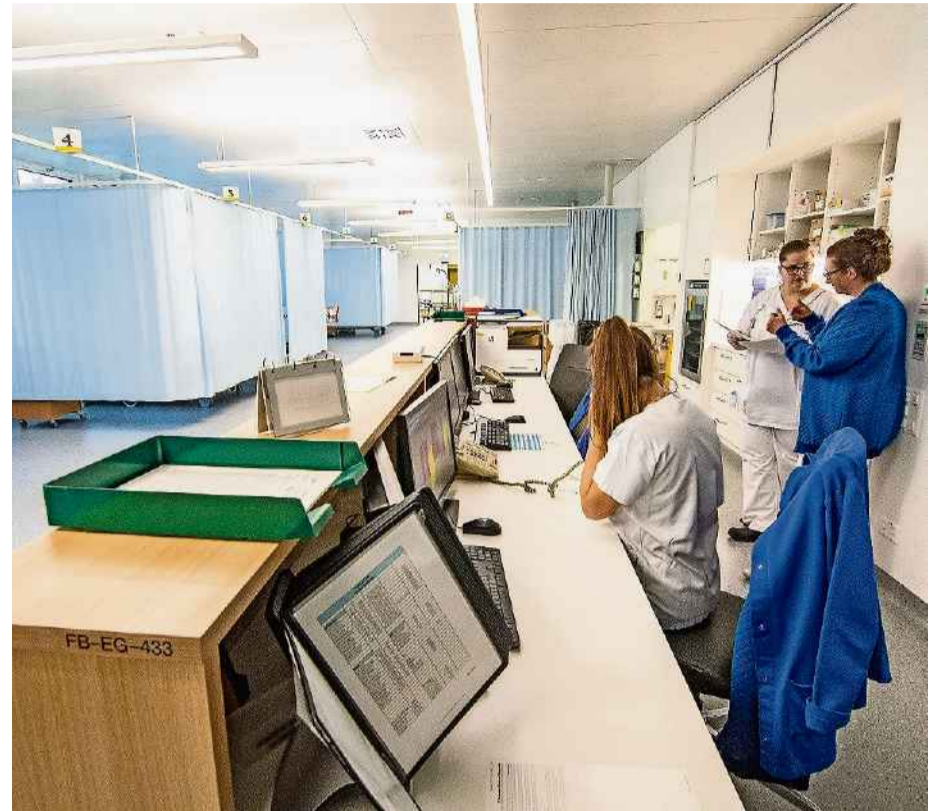
Schon heute auf ambulant getrimmt

Auch bei Fusions-Nein setzt das Bruderholz auf ambulante Eingriffe, doch eigentlich braucht es die Fallzahlen des USB



Das ambulante Venenzentrum von Christoph Koella ist nach drei Monaten bereits erfolgreich.

NICOLE NARS-ZIMMER



Im Anästhesie-Bereich sind die Wege zu den OP-Sälen besonders kurz.

NIZ

VON MICHAEL NITTAUS

Kurz vor Weihnachten war es endlich so weit: Jürg Aebi legte sich am Bruderholzspital unters Messer. Der CEO des Kantonsspitals Baselland (KSBL) liess sich ambulant eine Metallplatte im Knie entfernen, auf die er seit einem Unfall vor mehreren Jahren angewiesen gewesen war. Gestern Morgen dann sass Aebi im Anästhesiebereich, um sich die Fäden herausnehmen zu lassen. «Ich kam zur vereinbarten Uhrzeit und musste überhaupt nicht warten», sagt er stolz. Diese Anekdote erzählte Aebi gestern vor versammelter Presse natürlich nicht ohne Grund. Sie diente ihm als Beleg dafür, wie gut am Standort Bruderholz der ambulante Bereich bereits heute aufgestellt ist. Und bevorzugt behandelt sei er als Chef auch nicht worden, versicherte er.

Im Schlepptau hatte Aebi den Direktor des Universitätsspitals Basel (USB), Werner Kübler. Gemeinsam wollten sie auf einem Rundgang aufzeigen, wie das viel kritisierte Bruderholzspital sich schon jetzt verändert hat - und wie ein Ja zur Fusion von KSBL und USB am 10. Februar den Standort weiter transformieren würde, bis hin zur gemeinsamen Tagesklinik für ambulante Eingriffe sowie dem Zentrum für Orthopädie und Rehabilitation des Universitätsspitals Nordwest.

Etwas wird schnell klar: Der marode Bettenturm mag zwar noch auf dem Hügel über Basel thronen, doch seine Tage sind gezählt - egal, ob die Stimmbürger aus Stadt und Land die Spitalfusion annehmen oder ablehnen. Die Gebäudeversicherung bewilligt eine Nutzung aus Sicherheitsgründen nur noch bis 2025. «Den Turm bei einem Nein zu sanieren, wäre viel zu teuer», sagt Aebi. Da es aber

ohne die Kapazitäten des USB weiterhin einige stationäre Betten auf dem Bruderholz bräuchte, müsste ein Neubau unbekanntes Ausmasses her. Aebi betont zwar, dass der Verwaltungsrat des KSBL einen Plan für den Fall eines Volks-Neins erarbeitet habe. In die Karten blicken lassen wollen sich die Verantwortlichen aber erst nach der Abstimmung. «Es wäre auf jeden Fall nur die zweitbeste Lösung», sagte Kübler dazu bloss. Etwas liess Aebi dann aber doch durchschimmern: «Für das KSBL würde es zum Problem, die drei Standorte Liestal, Bruderholz und Laufen aufrechtzuerhalten.»

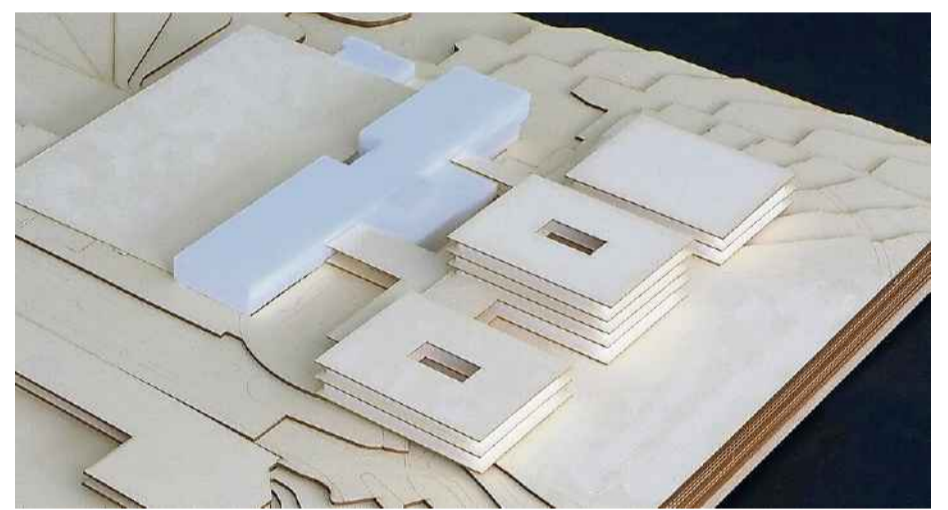
Venzentrum will expandieren

Mit dem in den vergangenen zwei Jahren vorangetriebenen ambulanten Konzept am Bruderholzspital zeigen Aebi und Co. aber, dass sie nicht tatenlos waren. Ja, es stellt sich sogar die Frage, ob die Transformation zur Tagesklinik nicht auch ohne Fusion erfolgreich sein könnte. Schliesslich ist schon Vieles vorhanden. Stolz führten vier Chefärzte durch ihre ambulanten Bereiche: So Lukas Fischler, der die seit zwei Jahren in Betrieb stehende Aufenthaltszone der Anästhesie vorstellte, die besonders kurze Wege zu den OP-Sälen hat. Noch hat der Bereich direkte Zugänge auch für stationäre Patienten. «Heute kommen wir alleine noch nicht auf die Fallzahlen, um die Infrastruktur rein ambulant auszulasten», sagt Fischler. 2018 seien hier rund 1500 Patienten ambulant behandelt worden. Stossen die ambulanten Patienten des Unispitals dazu, sei mit 5000 Fällen im Jahr zu rechnen, so Kübler. Aus den heute sechs OP-Sälen sollen nach der Fusion acht bis neun werden.

Orthopädie-Co-Chefarzt Karl Stoffel wies darauf hin, dass trotz der Zentralisie-

5000

ambulante Patienten sollen nach der Fusion von KSBL und USB ungefähr am Standort Bruderholz jährlich behandelt werden. 2018 waren es bloss knapp 1500.



Laut Konzept bliebe vom heutigen Bruderholzspital nur noch der flache Ambulatorien-Trakt (weiss). Davor sollen je nach Bedarf bis zu drei Modul-Bauten entstehen.

ZVG/KSBL

rung seiner Disziplin aufs Bruderholz die meisten Vor- und Nachuntersuchungen weiter in Liestal, Laufen oder Basel gemacht werden könnten. Bloss der Eingriff finde hier statt. Philip Tarr von der medizinischen Uniklinik des Bruderholz zeigte, wie die Wege von Ärzten und Patienten konsequent getrennt würden. Und Christoph Koella führte durch das Venenzentrum, das erst seit drei Monaten in Betrieb ist. «Venenchirurgie läuft heute ambulant, darauf haben wir reagiert», sagt er. Und man werde förmlich überrannt, habe seit dem Start schon über 100 Patienten behandelt. Das Zentrum sei durch seine Fokussierung günstiger und attraktiver.

Ohne Fusion wieder Konkurrenten

Koella denkt bereits weiter: «Unser Ziel ist, das Venenzentrum beider Basel zu werden.» Gespräche mit den USB-Kollegen liefen, drei weitere Behandlungsräu-

me seien für den Fall eines Fusions-Ja prophylaktisch reserviert.

Was die Spitalfusion letztlich am Standort Bruderholz vor allem verändert, sind die Fallzahlen. Jene Grösse also, mit der auf dem modernen Gesundheitsmarkt alles gemessen wird. «Das KSBL hat den ambulanten Weg so weit getrieben, wie es alleine möglich ist», sagt Aebi. Sechs bis acht Millionen Franken habe man investiert. «Zentral ist in Zukunft, sortenreines Operieren, also Eingriffe derselben Art, in genügender Zahl hinzubekommen», sagt Kübler, und ergänzt: «Das können wir nur miteinander.»

Gerade in der hart umkämpften lukrativen Orthopädie ist ungewiss, ob die beiden Häuser KSBL und USB auch ohne Fusion derart zusammenarbeiten würden. «Wir müssten es schon gut anschauen, ob wir als Unispital auf diese Disziplin verzichten könnten», so Kübler vielsagend.

Regierung ruft zur Zurückhaltung auf

Die kantonalen und die Privatspitäler haben sich zu stark in den Wahlkampf eingemischt und fangen sich einen Rüffel der Regierung ein

VON JONAS HOSKYN

Selten wurde in den vergangenen Jahren ein Abstimmungskampf derart engagiert geführt wie beim bevorstehenden Urnengang zur Spitalfusion. Auch die Spitäler mischen kräftig mit: Die kantonalen Spitäler weibeln für die Fusion, die Privatspitäler machen sich dagegen stark. Dabei wurde gemäss den beiden Gesundheitsdirektoren Lukas Engelberger (BS) und Thomas Weber (SVP) eine rote Linie überschritten. In einem Schreiben an alle Spitäler in der Region fordern die beiden Regierungsräte diese dazu auf, auf «eine unzulässig-

ge Beeinflussung der Meinungsbildung» der Patienten, Besucher und Mitarbeitenden zu verzichten. Sie würden eine öffentliche Aufgabe wahrnehmen und seien zur politischen Neutralität verpflichtet. Über den Brief berichtete gestern das SRF-«Regionaljournal».

Rüffel an Privatspitäler

Obwohl das Schreiben an alle Spitäler gerichtet ist, geht klar hervor, dass sich der Rüffel vor allem an die Privatspitäler richtet. Das zeigen etwa die Beispiele, welche die Regierung moniert: So seien in Eingangshallen und weiteren öffentlich zugänglichen Räu-

men sehr prominent Abstimmungsplakate und -broschüren aufgestellt und entsprechende Broschüren an Mitarbei-

«Es ist problematisch und unlauter, wenn Regierungsräte versuchen, die Gegenseite mundtot zu machen.»

Die Privatspitäler

tende verschickt worden. Eine qualifizierte Betroffenheit liege aber nur bei denjenigen Spitälern vor, die unmittelbar von der Fusion betroffen seien, so der Regierungsrat - sprich beim Unispi-

tal Basel (USB) und Kantonsspital Baselland (KSBL).

«Maulkorb der Regierung»

Hier muss sich die Regierung vorwerfen lassen, dass sie mit zweierlei Ellen misst: Denn auch das Unispital und das Kantonsspital Baselland machen munter Abstimmungspropaganda. So wurden im USB Pralinen mit dem Logo des geplanten Universitätsspital Nordwest verteilt. Und bei einer Infoveranstaltung in der Spitalmensa vor einer Woche wurden Flyer des Ja-Komitees verteilt, und auch auf Bildschirmen wird kräftig für die Fusion geworben. «Auch

das Unispital ist wie die Privatspitäler gehalten, im Spitalbetrieb auf Abstimmungspropaganda zu verzichten», bestätigt Engelberger auf Nachfrage der bz.

Die Privatspitäler wehrten sich gestern per Medienmitteilung gegen den «Maulkorb». Sie sehen sich ebenfalls als unmittelbar Betroffene, da sie im Falle einer Fusion benachteiligt würden. Es sei höchst problematisch und unlauter, wenn Regierungsräte versuchen würden, die Gegenseite mit juristischen Fehlinformationen mundtot zu machen, wird kritisiert. So würde die Meinungsbildung eingeschränkt.